

Volkstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Witzke, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Nr. 1111. — Für Zulassung 1887, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961, Postzustellungs-Nr. 1. Nachtrag, Seite 17. — Bezugpreis: Vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Beim Abholer vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. ohne Postgeld. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die Spaltenweise Monatspreis 1.00 Mk., im Restamt 2.50 Mk. Berechnungstabelle Seite 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postfach-Nr. 225 Berlin.

Nr. 163. Magdeburg, Donnerstag den 15. Juli 1920. 31. Jahrgang.

Abbruch statt Wiederaufbau.

So weit scheint man wieder einmal in Spa zu sein. Es handelt sich um die Kohlen. Die Miinter bestehen auf der Lieferung von zwei Millionen Tonnen monatlich. Formell sind sie dazu berechtigt. Die deutschen Delegierten erklärten demgegenüber, daß sie sich unter den gegenwärtigen Förderungsverhältnissen nicht auf eine so hohe Ablieferungsziffer verpflichten können. Sie schlugen vor, es bei der jetzigen Ablieferungsziffer von 44 000 Tonnen täglich bis zum 1. Oktober zu belassen. Am 1. Oktober würde die Ablieferungsziffer auf 56 000 Tonnen erhöht werden und dann fortlaufend steigend bis zum 1. Oktober 1921 auf 68 000. Voraussetzung für diese Erhöhung sei jedoch eine wesentliche Besserung der Ernährungslage durch

Einfuhr von Lebensmitteln

und die Lösung der Siedlungsfrage der Bergarbeiter. Minister Simons fügte hinzu, es gäbe allerdings ein Mittel, um die Kohlenproduktion und damit auch die Ablieferung um weitere erhebliche Mengen zu erhöhen. Er wies darauf hin, daß infolge der bevorstehenden Abstimmung in Oberschlesien und der damit verbundenen parteipolitischen Agitation auch unter der Arbeiterbevölkerung Oberschlesiens ein Zustand der Unruhe herrscht, der ihre Arbeitsleistungen beeinträchtigen müsse. Er halte es für notwendig, daß die Abstimmung in Oberschlesien so weit wie möglich beschleunigt würde; er würde es aber noch für besser halten, wenn die Miinter von der Volksabstimmung in Oberschlesien ganz absehen wollten. Er stelle seinen dahingehenden Antrag, sondern wolle nach wie vor auf dem Boden des Friedensvertrags bleiben. Er betrachte das Gesagte nur als eine Anregung, die im Interesse der Miinter, Deutschlands und der Kohlenwirtschaft gelegen sei. Der Erwerb Oberschlesiens habe für Polen nicht so sehr moralischen als materiellen Wert, und zwar eben wegen des Besitzes der Kohlengruben. Es werde bei der Lage der Verhältnisse ohnehin notwendig sein, daß die Verteilung der ober-schlesischen Kohle an diejenigen Staaten, die darauf angewiesen sind, auf internationaler Basis erfolgen müsse. Für die Polen werde es daher vorteilhafter sein, die ihnen zugesprochenen Quantitäten von einer deutschen Grubenverwaltung zu erhalten, als unter dem vorläufigen Miintergange der Produktion unter polnischer Verwaltung mit zu leiden. Die Verteilung der ober-schlesischen Kohlen an Polen, die Tschechoslowakei und Oesterreich werde übrigens zweifellos unter der Kontrolle der Miinter erfolgen müssen, auch wenn Oberschlesien in deutscher Hand bleibt. Denn

Die Miinter haben ein Vorrecht

auf alle unter der deutschen Erdoberfläche liegenden Kohlen-schätze. Frankreich habe insbesondere einen privilegierten Entschädigungsanspruch auf diese Kohlen für seinen Produktionsausfall in den zerstörten Gebieten. Deutschland fürchte die Volksabstimmung in Oberschlesien nicht, wenn sie auch weniger sicher sei als in Schleswig-Holstein, Ost- und Westpreußen. Deutschland wolle nur die Unruhe und die Gefährdung der ober-schlesischen Produktion vermeiden. Nach dieser Rede Simons' erklärte der Vorsitzende Delacroix, daß die Lage durch diese Mitteilungen des deutschen Ministers überaus ernst geworden sei. Die Miinter wären in Spa zusammengekommen, um einen wirklichen Frieden mit Deutschland herbeizuführen, sie wollten gemäßigt sein und der deutschen Regierung soweit als möglich entgegenkommen. Sie hätten die durch den Friedensvertrag festgestellten Kohlenforderungen von 3 1/2 Millionen monatlich zuerst durch die Wiedergutmachungskommission auf 2 1/2 Millionen Tonnen herabgesetzt und seien jetzt bereit gewesen, sich mit 2 Millionen zu begnügen. Deutschland wisse, daß es den Friedensvertrag einzuhalten habe und daß es ein Pfand für den Friedensvertrag gegeben habe. Dennoch wolle es seinen Pflichten nicht genügen. Der Präsident hob die Sitzung nunmehr auf und behielt sich vor, den Delegationen mitzuteilen, wann eine neue Sitzung einberufen werden soll.

Die Situation ist also folgende: Deutschland will zunächst die eignen dringenden Bedürfnisse befriedigen und den Ueberschuß allein an die Miinter abliefern. Die Miinter verlangen, daß

zunächst ihre dringenden Bedürfnisse befriedigt werden. Formell sind sie im Recht. Und es kann auch nicht bestritten werden, daß sie durch Herabsetzung der Ablieferungsziffer von 40 auf 24 Millionen und die ander-

seits geäußerte Bereitwilligkeit, die Lebensmitteleinfuhr zu erleichtern, Entgegenkommen gezeigt haben. Trotzdem erscheint ihre Forderung unerfüllbar. Denn es geht nicht, daß die Bergarbeiter für die Miinter an erster Stelle arbeiten, wenn dadurch das übrige Deutschland ruiniert wird. Denn wir haben nicht nur Kohlen zu liefern. Die sonstigen Wiedergutmachungspflichten gehen in die Milliarden jährlich. Die können wir nur erfüllen, wenn die deutsche Industrie einen außerordentlichen Ueberschuß abwirft, der um so größer sein muß, als er zugleich das Defizit der Landwirtschaft, die die einheimische Bevölkerung zu ernähren imstande ist, decken muß. Vorbedingung für eine solche Ueberschußwirtschaft ist die intensive Beschäftigung der deutschen Industrie, und die ist

ohne Kohlen nicht möglich.

Wir bewegen uns also in einem ewigen Kreislauf. Die Miinter wollen die Schwierigkeit mit militärischen Machtmitteln lösen. Sie haben Foch und Wilson nach Spa berufen. Sie können ja das Ruhrgebiet besetzen. Ob sie damit aber weiter kommen werden, ist mehr als zweifelhaft. Sie werden im besten — oder schlimmsten — Falle Deutschlands Ruin herbeiführen, es zur Verzweiflung treiben, ohne selbst wirtschaftliche oder politische Vorteile davon zu haben. Der Finanzminister Wirth, der Reichsernährungsminister Sermes, haben den Miinter eindringlich die verzweifelte Ernährungslage Deutschlands klargestellt. Wir brauchen für das nächste Wirtschaftsjahr auf 2 Millionen Brotgetreide, 2 Millionen Tonnen Futtermittel, 750 000 Tonnen Delfrische, 180 000 Tonnen Fleisch und Speck, 144 000 Tonnen Fett, 500 000 Tonnen Fische; ferner 500 000 Tonnen Rohphosphat und die zu seiner Aufschlüsselung notwendige Menge von 350 000 Tonnen Schwefelsäure im Gesamtwert von 3 403 600 000 Goldmark.

Das sind nach dem gegenwärtigen Valutastand etwa 25 Milliarden Mark. Wir sollen aber ebensoviel

an die Entente abliefern.

Das ist natürlich ausgeschlossen. Die Ablieferung ist gebunden an die vorherige Hebung der Ernährungslage und an eine intensive Produktion, wozu wir der Kohlen bedürfen. Aber auch Frankreich und Italien können ohne deutsche Kohlen nicht gesunden. Diesen tragischen Widerspruch hat der Weltkrieg geschaffen und Versailles beseitigt. Wenn wir in Betracht ziehen, was alles auf dem Spiele steht, dann müssen wir der deutschen Regierung warnend und eindringlich zurufen: „Nichts versprechen, was wir nicht halten können. Aber bis zur äußersten Grenze des Möglichen gehen.“ Nur dann allein wird sie das deutsche Volk hinter sich haben. Und dann werden alle Versuche, den Wiederaufbau statt auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung und Hilfe mit Militärgewalt durchzuführen, zu einem Zusammenbruch führen, von dem die Siegerstaaten nicht verschont bleiben werden.

Arbeiterchaft und Ostabstimmung.

Noch liegt das endgültige Resultat der Volksabstimmung infolge der weit abgelegenen Grenzörter und Gutsbezirke nicht vollständig vor. Was jedoch von Zahlen zu dem Ergebnis des 11. Juli im Laufe des Tages hinzugekommen ist, gestaltet den deutschen Sieg immer überwältigender, so daß schon die für Deutschland abgegebene Stimmenzahl 98,2 Prozent der Wähler ausmacht, während die Polen nur 1,8 Prozent abgegebene Stimmen haben. Die Zahl der ungültigen Stimmen ist verschwindend. Von der einheimischen Bevölkerung haben 90 Prozent von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Ganz kleine Gemeinden mit einigen hundert Wählern haben am 11. Juli eine polnische Mehrheit erhalten. Zum Teil liegen diese Gemeinden dicht bei der preussischen Grenze. Zum Teil sind es Enklaven mitten im Lande, herborgerufen durch die Ansiedlung von Polen durch die Gutsbesitzer.

Das Stimmenergebnis hat die Ententemitglieder derart erstaunt, daß der japanische Vertreter die Worte gebraucht hat: „Es ist lächerlich, eine derartige Abstimmung gemacht zu haben; wo bleiben die Sachverständigen von Versailles?“

Von den aus dem übrigen Reiche zugereisten Wahlberechtigten haben nur ganz verschwindend wenige polnische Stimmen abgegeben. Mit vollem Rechte kann man den 155 000 Wahlberechtigten aus Rheinland, Westfalen, Berlin und den übrigen Teilen Deutschlands, die sich zu neun Zehnteln aus Arbeitern zusammensetzen, zugestehen, daß sie die Agitation für Deutschland

auf den Höhepunkt gebracht haben. Ein glänzendes Beispiel von Vaterlandsliebe und Treue.

Der Abstimmungstag ist im ganzen Lande ruhig und würdig verlaufen. Lediglich in Allenstein ist von der polnischen Gesandtschaft am Abend des 11. Juli von einigen jungen Burtschen der polnische Adler abgerissen worden. Der Regierungskommissar, Freiherr von Gahl, hat sofort sein Bedauern über diesen Vorfall ausgesprochen und die Staatsanwaltschaft mit einer Untersuchung über diesen Vorfall betraut.

Auf allen Gesichtern liegt die Freude über den großen Sieg und für die Polen ist die Niederlage, die zugleich eine Niederlage des Friedensvertrags von Versailles ist, um so weitgehender, da die Nachrichten von der russisch-polnischen Front einen geradezu niederschmetternden Eindruck hervorrufen.

Uebersetzungstreue.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Partei veröffentlicht jetzt die Antwort auf das Schreiben der Moskauer Internationale. Der Parteivorstand der Unabhängigen wehrt sich schlecht und recht gegen die hageblättrigen Brügel, die er von seinen Moskauer „Brüdern“ bekommen hat. Er wehrt sich u. a. auch gegen den Vorwurf, die unabhängigen Volksbeauftragten hätten im November 1918 nichts getan, um die

Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland zu erreichen. Die ganze innere Haltlosigkeit der unabhängigen Führer kommt hierbei zum Ausdruck. Statt offen und ehrlich zu jener Politik zu stehen, die sie damals als richtig anerkannt haben, versuchen sie nun alle „Schuld“ auf die Sozialdemokraten zu schieben, gegen deren Widerstand die Dittmann, Haase und Barth nicht aufgefunden wären.

In dem Schreiben des unabhängigen Parteivorstandes heißt es, nachdem über den Einlauf eines Telegramms der russischen Regierung berichtet wurde:

Dadurch wurde es Haase, Dittmann und Barth völlig unmöglich gemacht, in dem paritätisch — drei gegen drei — zumangegesehenen Stabiettel eine Mehrheit für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu gewinnen und sie mußten sich mit einer hinzögernden Behandlung der Angelegenheit abfinden.

Diese Darstellung widerspricht der Wahrheit. Nach dem Zeugnis von Emil Barth hatte Haase, als Delegent für das Auswärtige, von vornherein eine hinzögernde Behandlung der russischen Fragen empfohlen. Unabweisbar geht aus den Äußerungen Barths über jenes Telegramm, in welchem Wiederaufnahme der Beziehungen und Waffenhilfe zu neuem Kriege gegen die Entente angeboten wurde, hervor, daß die sechs Volksbeauftragten darin einig waren, daß der Vor-schlag Rußlands undiskutabel war. Barth sagt:

Eine große Gefahr und die denkbar schwerste Schädigung der Weltrevolution bedeutete diese blöde Phrase. Sie (die Volksbeauftragten) (Red.) kamen ferner mit einer Note des deutschen Gesandten im Haag, in der er erklärte, daß die Zulassung des russischen Botschafters für die Entente die Bestätigung des Radeffischen Fünfjahresvertrages, d. h. die Bestätigung des deutsch-russischen Offensivbündnisses, und deshalb die sofortige Aufhebung des Waffenstillstandes zur Folge haben müßte. Unter diesen Umständen war es natürlich unmöglich, Botschafter herüber zu holen und hinüber zu schicken. . . .

Emil Barth ist aber nicht allein dieser Meinung. Rudolf Breitscheid schrieb im Nr. 21 des „Sozialist“ gegenüber dem Vorwürfen der Kommunisten:

Die Sowjetregierung erbot sich, dem revolutionären Deutschland gegen den Entente-Imperialismus beizuspringen, und sie erklärte mit aller Deutlichkeit, daß die russische Rote Armee bereit sei, gemeinsam mit den deutschen Proletariern gegen die kapitalistischen Regierungen des Westens zu kämpfen. Die Annahme dieses Angebotes aber war für uns unmöglich. Wir waren nun einmal dank der Ludendorff-Politik der Entente auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, wir konnten nicht mit dem Gedanken spielen, einen revolutionären Krieg gegen sie zu entfachen, zumal da gerade die sozialistischen Proletarier im Heere des Waffenhandwerks überdrüssig waren. Wir durften unter keinen Umständen daran denken, Deutschland zum Kriegsschauplatz zu machen und wir waren auch nicht einmal in der Lage, den amtlichen Vertreter der russischen Regierung in Berlin aufzunehmen, da dieser allein genügt haben würde, dem halsstarrigstenfeindlichen Militarismus des Westens neue Vorwände zu neuen Gewaltmaßnahmen gegen uns zu geben. Wir mußten die Hilfe der Bolschewiki ablehnen, weil sie für Deutschland und nicht zuletzt für die deutsche Arbeiterchaft eine ungeheure Gefahr bedeutete.

Rudolf Breitscheid sagt kein Wort davon, daß die unabhängigen Volksbeauftragten anderer Meinung wie die Sozialdemokraten gewesen seien. Er schildert ganz guttunend die damalige politische Situation und die folgerichtigen Schlüsse, die daraus gezogen werden mußten.

Damit vergleiche man die traurige Art, wie der unabhängige Parteivorstand sich zu verteidigen sucht. Er verleugnet seine damalige Erkenntnis und schiebt den Sozialdemokraten alle Schuld in die Schuhe. Es ist anzunehmen, daß Rudolf Breitscheid an der Abfassung des Antwortschreibens nicht uneteiligt ist. Er stimmt also einer Darstellung zu, von der er weiß, daß sie falsch ist. Diese verächtliche Feigheit unabhängiger Politiker mag den deutschen Arbeitern zeigen, was es mit der Heberzeugungstreue und dem „revolutionären“ Kampfesmut der Dittmann, Crispian und Breitscheid auf sich hat.

Zum Landarbeiterstreik in Pommern

Der Pommersche Landbund weist in alarmierenden Presse-meldungen auf die Gefahr hin, welche der Volksernährung durch den Landarbeiterstreik drohen. Wenn aber der Landarbeiterstreik noch nicht beendet ist, so trägt lediglich der Pommersche Landbund die Schuld. Im Kreise Publika ist der Landarbeiterstreik durch Verhandlungen beendet worden. Dieses Resultat veranlaßt den Landrat des Kreises Belgard, sich an den Vertreter der Arbeitgebergruppe des Pommerschen Landbundes im Kreise Belgard, Herrn v. Kleist (Schwarzin) mit der Bitte um Einigungsverhandlungen zu wenden, welche der Rechtsanwält Dörfer (Köslin) in unparteiischer Weise führen wollte. Herr von Kleist (Schwarzin) antwortete, daß eine Verhandlung im gegenwärtigen Augenblick ein Verbrechen wäre.

Auf die Erwiderung, daß doch im Nachbarkreis Publika mit Erfolg verhandelt worden und dort dann auch das „Verbrechen“ begangen worden sei, wurde entgegnet, daß es eben auf die Herren ankäme, und die gingen vielfach verloren.

Der Landrat hat sich durch diese brisante abweisende Antwort in seinen Bemühungen um Herstellung des wirtschaftlichen Friedens nicht beirren lassen und sich an sämtliche Gutsbesitzer des Kreises gewandt, dem Streik durch Verhandlungen ein Ende zu machen. Der Pommersche Landbund aber handelt verzweifelnd, wenn er in seinem Herrenbüchel Einigungsverhandlungen verweigert.

Landsbergs Entführung vor dem Gericht.

Am 7. April vorigen Jahres wurde der damalige Reichsjustizminister, Genosse Otto Landsberg, in Magdeburg auf dem Wege zum Hauptbahnhof von Angehörigen des Wachregiments festgenommen und in die Kaserne Ravensberg geschleppt. Den Anlaß zu dieser Festnahme bildete die Verhaftung des damaligen Vorsitzenden des Exekutivausschusses, Brandes, und der Zentralratsmitglieder Böcker und Regel, die in der Nacht zum 7. April erfolgt war. Landsberg wurde von der Kaserne in das Generalkommando geschafft und sollte als Geiseln für lange festgehalten werden, bis die Freilassung von Brandes, Regel und Böcker erreicht war. Da in Magdeburg die Gefahr bestand, daß Landsberg von seinen Freunden befreit werden könnte, sollte er im Automobil nach Braunschweig gebracht werden. Kurz vor Obenstedt erlitt das Auto eine Wanne. Es bergingen mehrere Stunden, bis ein neues Auto herangeschafft war, und dann ging die Fahrt weiter bis kurz vor Helmstedt, wo die inzwischen von Magdeburg alarmierte Gendarmarie das Auto aufhielt, die Besatzung entwaffnete und Landsberg befreite. Von Helmstedt aus wurde Landsberg im Sonderzug zurück nach Magdeburg gebracht und von da aus nach Berlin befördert.

Diese Vorgänge waren am Dienstag Gegenstand einer Verhandlung vor dem hiesigen Landgericht.

Angeklagt waren wegen vorläufiger Freiheitsberaubung der Privatmann Albert Vater, der Rangierer Steinbrück, der Maschinenführer Karl Reimann, der Schlosser Felix Dahms, Geizler Oskar Bohne, sämtlich aus Magdeburg, der Monteur Karl Daum (Hannover) und der Rangierer Joseph Düring (Köln).

Die Verhandlung fand im Schwurgerichtssaal statt, und schon in den frühen Morgenstunden warteten vor dem Gerichtsgelände zahlreiche Zuhörer, von denen viele unrichtigerweise umfassen mußten, da nur eine beschränkte Anzahl Karten ausgegeben waren. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Wieser, die Anklage vertrat Staatsanwalt Reimann und als Verteidiger fungierten Justizrat Dr. Döcker und Rechtsanwalt Dr. Weinberg (Berlin).

Die Vernehmung der Angeklagten

Die Vernehmung der Angeklagten des Hauptangeklagten Vater. Die Schwere der Angeklagten erschwerte die Verhandlung außerordentlich. Albert Vater sagt aus: Ich war damals Weigendner des Polizeipräsidiums und gehörte dem Exekutiv-ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats an. Am Montag den 7. April nahm ich an einer Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrats und der Funktionäre des Metallarbeiterverbandes, die im Wallhalla-Theater stattfand, teil. Um 11 Uhr erhielt ich die Meldung, Landsberg sei als Geiseln festgenommen. Ich wollte zunächst nicht, was ich mit der Meldung anfangen sollte. Da aber in der Nacht zum Montag mein Freund Brandes widerrechtlich von Offizieren verschleppt worden war, glaubte ich, auf Landsberg einwirken zu können, um die Freilassung Brandes zu erreichen.

Der Angeklagte ist dann zur Kaserne Ravensberg gegangen, wo die Soldaten sich in großer Aufregung befanden. Er wollte dort die Personen ermitteln, die Landsberg festgenommen hatten, und während er sich darüber mit dem Kommandeur des Wachregiments, Offiziersstellvertreter Müller, unterhielt, seien Soldaten gekommen und hätten mitgeteilt,

Landsberg werde fortgeschafft.

Man hätte davon gesprochen, ihn nach Braunschweig zu bringen. Er sei dann noch einmal zum Wallhalla-Theater gegangen. Die Versammlung war inzwischen zu Ende und so hatte er die Absicht, zum Essen zu gehen. In der Jakobstraße holte ihn ein Auto ein, das ihn zum Generalkommando bringen sollte. Dort hatte man Landsberg inzwischen untergebracht. Der Angeklagte ist zu ihm gegangen und hat ihm gesagt: „Herr Landsberg, Sie wissen, daß Brandes widerrechtlich durch Kasse verhaftet ist. Wollen Sie als Justizminister Ihren Einfluß geltend machen, damit diese Verhaftung aufgehoben wird?“ Landsberg habe darauf erwidert, daß die Verhaftung sicher auf Anordnung eines ordentlichen Gerichts erfolgt sei, und daß er nicht eingreifen könne. Der Angeklagte hat ihm darauf vorgehalten, daß er nur nicht eingreifen wolle, er werde aber so lange festgehalten werden, bis Brandes frei sei.

Landsberg habe ihm entgegnet, er möge mit ihm machen, was er wolle. Später will der Angeklagte nur gesehen haben, wie Landsberg wieder in ein Auto gebracht wurde. Bei der Abfahrt habe er der Begleitmannschaft zum Abschied zugehört. Wohin die Fahrt ging, will er nicht gewußt haben, er habe sich nur denken können, daß es nach Braunschweig gehen sollte.

Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß es doch in seiner Macht gestanden hätte, Landsberg freizugeben, erklärt der Angeklagte, daß er das nicht konnte, da der Exekutivausschuß keine Macht hinter sich hatte. Vater gibt zu, zum Offiziersstellvertreter Müller gesagt zu haben, man wolle Landsberg als Geiseln festhalten, aber er habe damit nicht seine eigene Meinung, sondern die Stimmung der Masse wiedergegeben. Er will

auch nichts davon wissen, daß er sich vor dem Gespäch mit Landsberg mit dem Willen, Landsberg darüber unterhalten habe, daß Landsberg nach Braunschweig müsse.

Als nächster wird der Angeklagte Steinbrück vernommen, der damals Mitglied des Zentralratsrats des 4. Armeekorps war. Er wollte am 7. April zu einer Soldatenversammlung auf dem Schrottplatz, die sich mit der Verhaftung Böckers und Regels befaßt hätte. In der Beaumontstraße sah er eine Menschenmenge und erfuhr, daß

Landsberg festgenommen und in die Kaserne Ravensberg geschafft sei.

Er begab sich sofort in die Kaserne, um zu erkunden, was los sei. Auf die Frage des Vorsitzenden, was er bei Landsberg wollte, sagte der Angeklagte, er wolle sehen, daß ihm nichts geschähe, da er als Mitglied des Soldatenrats dafür verantwortlich war. Er fand den Reichsminister in dem Bataillonsgeschäftszimmer und hat ihm an, mit ihm nach Berlin zu fahren. Landsberg soll das Anerbieten abgelehnt haben mit dem Bemerkten, das sollte zuviel Betriebsstoff. Der Soldatenrat des Wachregiments wußte nicht, was er mit Landsberg anfangen sollte, und beschloß darum, ihn nach dem Generalkommando schaffen zu lassen. Es wurde aber dem Exekutivausschuß dringend aus Herz gelegt,

Landsberg nicht freizulassen.

bis Brandes' Verhaftung aufgehoben sei. Bei dem Gange zum Auto wurde der Minister bestört und beschimpft, und es kostete Mühe, ihn unbehelligt ins Auto zu bringen. Der Angeklagte ist dann zum Generalkommando gegangen, um zu sehen, was weiter werden würde. Dort habe ihm Vater erklärt, Landsberg solle nach Braunschweig. Er habe dann den weiteren Transport geführt. Sein Bestreben war es, Landsberg möglichst schnell über die preussische Grenze zu bringen, da er als Zentralratsrat die Verantwortung los sein wollte.

Auch der dritte Angeklagte, der damalige Bürgerwehmann Reimann, war in der „Wallhalla“-Versammlung und ist, als er von der Verhaftung Landsbergs erfuhr, zur Kaserne Ravensberg gegangen. Dort habe die Menge nach Vater verlangt. Dann ist er später im Generalkommando gewesen und war Zeuge der Unterbrechung Vaters und Landsbergs. Er habe aber von Geiseln nichts gehört. Als dann Landsberg in das Auto stieg, hat die Menge ihn wieder geschmäht und bespuckt.

Der Angeklagte ist dann mitgefahren, angeblich ohne zu wissen, wohin die Fahrt ging. Als dann der Angeklagte Reimann aussteigt, man habe Landsberg während der Zeit wo er vor Obenstedt auf ein anderes Auto warten mußte, gesagt, er könne gehen und sei frei, erklärt der Angeklagte Steinbrück, das sei ausgeschlossen, denn man habe ja Landsberg festgehalten, um die Freilassung Brandes zu erreichen.

Der nächste Angeklagte, Dahms, ist nervenkrank. Sein Leiden hat er sich durch einen Selbststich im Felde zugezogen. Er war damals Soldatenrat beim Wachregiment und hatte an dem fraglichen Vormittag die Staatsanwält Mettich aus der Menge befreit. Als er dann zum Generalkommando kam, war Landsberg schon dort. Er hat dann mit dem Angeklagten Düring

die Menge vor dem Portal zurückgehalten.

die Landsberg bespuckte und beschimpfte. Mit dem Auto will er mitgefahren sein, damit nichts passiere. Unterwegs habe Landsberg ihn gefragt, wohin die Fahrt eigentlich gehe, da habe er gesagt, nach Braunschweig. Vor Obenstedt haben sie 3 Stunden gelegen. Dahms sagte weiter aus, daß ihn die ganze Angelegenheit damals nicht weiter interessierte, da er unparteiisch war. Seines Wissens habe Steinbrück von Vater den Auftrag erhalten, den Minister nach Braunschweig zu bringen.

Der Angeklagte Daum ist es gewesen, der mit dem Angeklagten Reimann den Vater von der Jakobstraße mit dem Auto nach dem Generalkommando gebracht hat. Die Menschenmenge wollte das Generalkommando stürmen. Als dann Landsberg ins Auto stieg, ist er mitgefahren, aus persönlichem Interesse, ohne besonderen Auftrag. Vater hat den Abfahrenden Lebewohl zugewinkt. In Obenstedt haben sie stundenlang gelegen, und der Angeklagte hatte das Gefühl, als

sei der Minister mit der Fahrt ganz einverstanden.

Der Staatsanwalt hält ihm vor, daß er es doch gewesen sein soll, der geäußert hat, es sei jetzt die beste Gelegenheit, Landsberg als Geiseln festzuhalten, um Brandes freizubekommen. Der Angeklagte gibt das zu.

Der Angeklagte Bohne, damals Vertrauensmann beim Wachregiment, will in der Kaserne Ravensberg vom Obervertrauensmann Koch den Auftrag erhalten haben, für die persönliche Sicherheit Landsbergs zu sorgen. Er ist dann auch dabei gewesen, wie Landsberg ins Auto gebracht wurde. Dabei hatte ein Mann aus der Menge

das Gewehr auf Landsberg angelegt,

das er dem Mann aus der Hand geschlagen habe. Vor dem Generalkommando habe er die Leute zurückgehalten und sei dann bis Obenstedt mitgefahren. Da es ihm dort zu langweilig wurde, sei er zur Kaserne zurückgegangen. Dort habe er erfahren, daß Landsberg nach Braunschweig sollte und daß dazu in der Kaiserstraße ein Auto requiriert werde. Er ist dort hingegangen und mit dem neuen Auto wieder mit nach Obenstedt gefahren. In Helmstedt habe dann der Minister seinen Dank für die gute Behandlung ausgesprochen. Auch dieser Angeklagte sagte aus, daß Landsberg es abgelehnt habe, nach Magdeburg zurückzugehen, als sie vor Obenstedt die Kasse hatten.

Der Angeklagte Düring hat am Morgen verschiedene Offiziere, darunter den Kommandierenden General, in Schutzhaft genommen. Als er seine Gefangenen ablieferte, habe er Landsberg in das Auto steigen sehen, das nach dem Generalkommando fuhr. Er hat auch an der Fahrt nach Helmstedt teilgenommen.

Medizinalrat Reifelein hat den Angeklagten Dahms vernommen, der nach seinem Urteil infolge der Nervenkrankheit als geistig minderwertig anzusehen sei.

Es wird dann in die

Schweizaufnahme

eingetreten.

Als Hauptzeuge ist der deutsche Geschäftsträger in Brüssel, Genosse Landsberg, geladen und erschienen. Er leistet als einziger den Zeugeneid ohne die religiöse Formel und sagt dann aus:

„Ich bin am 5. April nach Magdeburg gekommen und habe am nächsten Tag in einer Versammlung einen Vortrag gehalten. Am 6. April abends wurde mir telefonisch die Verhaftung Brandes mitgeteilt. Am Morgen des 7. April habe ich in der Stadt verschiedene Befragungen erledigt und bin dabei in den Zug gekommen, der für die Freilassung Brandes' demontiert war. Man erkannte mich, ließ mich aber unbehelligt. Zwischen 11 und 12 Uhr bin ich dann über den Kaiser-Wilhelm-Platz in die Beaumontstraße gegangen, um nach dem Bahnhof zu kommen, da ich mit dem Zug um 1 Uhr

nach Berlin zu einer Kabinettsitzung fahren wollte.

Vor der Kaserne Ravensberg stand eine große Menschenmenge, die ich weiter nicht beachtete. Als ich ein Stück entfernt war, hörte ich hinter mir das Raufen einer größeren Menge. Wenige Augenblicke später war ich umringt, und ein Soldat in Matrosen-uniform hinderte mich am Weitergehen. Er fragte mich, ob ich Minister Landsberg sei. Ich bejahte es. Er verlangte eine Legitimation. Ich zeigte ihm meine Fahrkarte als Mitglied der Deutschen Nationalversammlung. Darauf sagte er: „Sie sind verhaftet!“ Ich wies ihn auf die Immunität des Abgeordneten hin, worauf er erwiderte, daß ihn das nichts angehe. Man brachte mich nach der Kaserne Ravensberg in das Geschäftszimmer. Die im Zimmer anwesenden Interoffiziere sprangen überrascht auf und riefen, was das bedeuten solle. Darauf wurde ihnen erwidert,

es sei doch beschlossen, Wesseln festzunehmen.

Ich wurde dann in ein besonderes Zimmer gebracht. Es kamen dann wiederholt Leute, und einige Interoffiziere sagten mir, sie würden mich zwar gern freilassen, aber das ginge nicht mehr, da vor der Kaserne eine aufgeregte Menschenmenge sich angeammelt habe. Unter den Kommanden tauchte dann auch Herr Vater auf. Es kam dann auch mein Parteifreund Diepelt, dem ich es in erster Linie danke, daß ich leben und aus der Kaserne kam. Daur hieß es, ich sollte nach dem Generalkommando. Man hatte das Auto nicht auf den Hof fahren lassen, und so mußte ich dann eine lange Strecke

durch eine wütende und jubelnde Menschenmenge gehen.

Zwischen mir ging Niepohl und rechts mein Parteifreund Seiden-schnur, die mich so vor tödlichen Angriffen schützten. Wir wurden beschimpft und bespuckt. Im Auto Abt sah ich, wie ein Soldat sein Gewehr auf mich anlegte, und erst als man ihm sagte, daß er mit seinem Vorhaben Unschuldige treffen könne, ließ er ab. Die Menge folgte dann dem Auto. Im Generalkommando wurde ich dann in ein Zimmer im 1. Stock gebracht, wo ich an Bekannten meine Parteifreunde Hähnjen und Wernicke traf, die nichts von der Verhaftung wußten. Ich bat sie, sich für meine Freilassung einzusetzen, da ich nach Berlin müßte. Sie besprachen es, während andre Herren im Zimmer meinten,

ich müßte als Geiseln hier bleiben.

Ich wurde dann in das Zimmer des Kommandierenden Generals gebracht. Ein Mann mit geschultertem Gewehr wurde in dem Zimmer postiert. Mit einem großen Trupp kam dann Herr Vater ins Zimmer und sagte zu mir: „Sie wissen, wo Brandes ist.“ Ich erklärte ihm, daß ich nur von der Verhaftung erfahren hätte, sonst nichts wisse. Darauf Herr Vater: „Wollen Sie sich dafür einsetzen, daß Brandes aus der Haft entlassen wird. Sie kommen dann sofort in Freiheit.“ Ich erwiderte ihm darauf, daß ich es ablehne, auch nur einen Finger zu rühren, denn darüber hat der zuständige Richter zu entscheiden. Darauf forderte er mich auf, ihm zu folgen. Auf der Straße habe noch einmal ein äußerlich kritischer Moment. Der Platz vor dem Gebäude war mit einer

äußerst feindseligen Menge angefüllt,

und ich stand nur unter dem einzigen Gedanken, wenn jetzt nur einer den Mut zum Einschlagen findet, dann ist es zu Ende. Wohin es gehen sollte, wußte ich nicht. Auf meine Frage erhielt ich keine Antwort.

Auf einem mir nicht bekannten Wege ging es zur Obenstedter Chaussee. Vor Obenstedt hatten wir eine Wanne. Ich las die Zeitung, meine Begleiter hielten Kriegsrat. Es sollte ein anderer Wagen geholt werden, und unterdessen wurde ich bewacht wie ein Gefangener. Die Unterbrechung dauerte mindestens 2 Stunden. Schließlich machte jemand den Vorschlag, in die „Düppel Mühle“ zu gehen. Einer meiner Begleiter sagte mir, daß wir ein Glas Bier trinken wollten, worauf ich ihm erwiderte, ob er etwa glaube, daß ich mich mit ihm an einen Tisch setzen werde. Darauf bekam ich zur Antwort:

„Sie sind mein Gefangener!“

Schließlich bekam ich ein besonderes Zimmer zur Verfügung gestellt.

Als das Auto kam, weigerte ich mich einzusteigen, bevor ich wußte, wohin die Fahrt ginge. Man sagte mir, ich sollte erst einsteigen, dann werde ich es erfahren. Ich mußte dann noch einmal daran erinnern und fragte: „Geht's nach Braunschweig?“ Meine Frage wurde bejaht. Es ging dann in rasender Fahrt weiter. Ich hat wiederholt, doch langsamer zu fahren, da ein derartiges Tempo meinem geschwächten Gesundheitszustand schade. Es wurde mir erwidert, man müsse so schnell wie möglich über die preussische Grenze. Als ich um eine Wende bat, da es im offenen Wagen kalt wurde, erhielt ich keine. Kurz vor Helmstedt sah ich aus Zeitern eine Sperre über dem Weg gebaut. Ein Gendarmerie-wachmeister forderte auf: „Hände hoch!“, worauf meine Begleiter sehr artig die Hände in die Höhe streckten.

Ich wurde gefragt, ob ich der Minister Landsberg sei. Ich bejahte. Darauf forderte der Wachmeister auf, die Waffen abzulegen. Zwei Reibolter waren die Ausnahme. Ich erhielt einen, dann nahmen wir meine Begleiter als Gefangene in den Wagen und brachten sie zur Helmstedter Wache. Meine Parteifreunde hatten telefonisch Anweisung gegeben, das Auto anzuhalten, da man mich verhaften wollte. Zuerst wurde es auf der Wache nicht recht geglaubt, dann aber sperrte man die Chaussee ab, und kurze Zeit später kam tatsächlich das Auto. Am Abend kamen in Helmstedt Braunschweiger Matrosen an, die offensichtlich den Auftrag hatten, mich nach Braunschweig weiterzuführen. Sie kamen zu spät. Meine Parteifreunde aus Magdeburg kamen mit einem Sonderzug, brachten mich nach Magdeburg, und von da aus ging es weiter nach Berlin.

Der nächste Zeuge ist der Leutnant der Sicherheitswehr Müller, der damals Kommandeur des Wachregiments war. Er schildert die Vorgänge in der Kaserne Ravensberg. Es seien dort viele Bewaffnete gewesen, die nicht zum Wachregiment gehörten. Die Menge war äußerst erregt und schrie: „Geiseln! Geiseln!“ Es war unmöglich, Landsberg wieder frei gehen zu lassen, er wäre ohne Schaden nicht fortgekommen. Es kamen dann die Angeklagten Vater, Daum und Reimann, die forderten, Landsberg nicht freizulassen.

Er müßte festgehalten werden für Brandes.

Müller hat dann Landsberg im Auto bis zum Generalkommando begleitet.

Der Zeuge Parteifreund Hähnjen hat am 7. April morgens 10 Uhr die Meldung des Generalkommandos wegen der Verhaftung Brandes erhalten. Gegen 12 Uhr seien in das Geschäftszimmer der Exekutive im Generalkommando eine Menge Leute mit Landsberg gekommen, die von der Exekutive verlangten, sie solle bestimmen, was mit Landsberg geschehen sollte.

Die Exekutive ordnete die sofortige Freilassung an,

die aber nicht durchgeführt wurde. Inzwischen war auch die Telephonzentrale besetzt und Rechtsanwalt Dammerschlag wurde als Geiseln eingeliefert. Der Zeuge hat dann gesehen, wie auf der Straße Landsberg in ein Auto gebracht wurde und Vater das Zeichen zur Abfahrt gab.

Der Zeuge Weigand war der Führer des Kraftwagens, der nach Braunschweig fahren sollte. Er hat nicht gewußt, wohin die Fahrt ging. Aus dem Wagen wurde die Fahrt dirigiert. Der Zeuge Daumhoff war der Führer des Kraftwagens, der nach Obenstedt fuhr, um Landsberg weiter zu bringen. Man ist sofort festgestellt worden, die Fahrt geht nach Braunschweig. Er ist dann auch mit den Angeklagten einige Tage später nach Braunschweig gekommen und mußte in ihrem Auftrag

Magdeburg im Flugzeug beobachten,

um festzustellen, was hier vorginge. Polizeiwachmeister Bremer aus Helmstedt schildert die Festnahme der Angeklagten vor Helmstedt. Die Angeklagten sagten ihm damals, sie wollten Landsberg nach Braunschweig bringen. Auf die Frage des Vorsitzenden an den Zeugen Landsberg, ob er sich in Helmstedt für die gute Behandlung bedankt habe, erklärt der Zeuge: „Ich hatte keine Veranlassung dazu und habe es auch nicht getan.“

Die weitere Vernehmung ergibt nichts Neues. Auf die Vernehmung mehrerer Zeugen wird überhaupt verzichtet. Um 15 Uhr wird die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Plädoyers.

Der Staatsanwalt führte u. a. folgendes aus: So stark die politische Erregung in den Tagen gewesen sein mag, im Gerichtssaal hat die Politik zu schweigen. Es ist hier lediglich die Frage zu entscheiden, haben sich die Angeklagten der Freiheitsberaubung schuldig gemacht. Es ist nicht festzustellen, daß die Angeklagten Landsberg verhaftet oder zur Verhaftung angezettelt haben. Die erste Verführung mit dem Zeugen Landsberg ist erst eingetreten, als die Ankläger Vater. Daum

Provinz und Umgegend.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 14. Juli. (Noch ein „Eingefandter“) Im hiesigen „Tageblatt“ hat die Debatte zu einem Tagesordnungspunkt der letzten Stadtverordneten-Sitzung ausgelöst. Zur Beratung stand in dieser die Bewilligung von 608 000 Mark zur Fertigstellung des angefangenen Grundstücks Kaiser-Wilhelm-Straße 65. Bei der Beratung nun teilte der Vorsteher, Genosse Stollberg, mit, daß ihm zu Ohren gekommen sei, Herr Maurermeister Menzel habe diese Summe als zu hoch bezeichnet und gemeint, der Bau ließe sich für etwa 400 000 Mark herstellen. Er schloß daran die Bemerkung, daß Herr M. immer schnell urteile, aber nichts Greifbares vortrage. Bezug genommen war damit wahrscheinlich auf ein nicht zur Ausführung gekommenes Projekt seitens des Herrn M., der 40 Siedlungshäuser für die Stadt bauen wollte. Es wurde ihm aber, laut einem Eingefandten, nur der Zuschuß für 20 Häuser bewilligt und durch Hinziehen der Verhandlungen von Juli bis Dezember 1919 seien die errechneten Kosten wegen der inzwischen erheblich gestiegenen Baukosten unzureichend geworden. Ferner wäre das wertvolle Terrain durch den Bau von nur 20 Häusern zerrissen worden. Wenn man nun die angeführten Gründe — trotzdem sich gegen sie ja manches einwenden ließe — voll anerkennen will, diesen Teil des Eingefandten aber unberücksichtigt lassen würde, so bedient aber der Teil um so größerer Beachtung, in dem Herr M. zu seiner Meinung betreffs des hohen Preises Stellung nimmt. Er behauptet diese nicht, wie wiedergegeben, getan zu haben, sondern gelangt zu haben, es könne sich bei der Summe von 608 000 Mark, wenn keine größeren Terrainkäufe und Vergrößerungen der bebauten Grundfläche in Frage kämen, nur um einen Irrtum oder Mißfehler handeln. Wenn etwas Derartiges aber nicht beabsichtigt sei, etwa 420 000 Mark, das Zwischenglied des Preisabwärtens, reichen müßten. Herr M. wiederholt also schriftlich seine mündliche Versicherung, daß der Bau sich fast für zwei Drittel des geforderten Preises herstellen ließe und betont, daß auch mehrere andere Fachleute der gleichen Meinung seien. Da wäre es ja nun interessant, zu erfahren, wie die beiden bauausführenden Firmen den Preis von 608 000 Mark errechneten und was sie überhaupt zu der Behauptung des Herrn M. sagen. Nach unserer Meinung kann in dieser die Öffentlichkeit ungenügend interessierenden Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Entweder ist Herr M. im Irrtum und hat in leichtfertiger Weise solche Behauptung aufgestellt oder es handelt sich hier um eine riesige Uebervorteilung der Stadt. Selbst wenn es sich herausstellen würde, daß Herr M. das Objekt um 80 000 Mark unterzuschätzen würde, ist also ein Preis von rund einer halben Million ergeben sollte, so ist der Unterschied doch so gewaltig, daß eine Nachprüfung der Angelegenheit und eine event. Revision des Beschlusses der letzten Stadtverordneten-Sitzung stattfinden muß. Für 100 000 Mark läßt sich auch bei der heutigen Geldbewertung noch etwas Nennenswertes schaffen und es muß deshalb alles getan werden, um diese Summe der Stadt zu retten, wie überhaupt Klarheit zu schaffen und der voranschreitenden in nächster Woche stattfindenden Stadtverordneten-Sitzung Gelegenheit zu geben ist, sich noch einmal eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen. — Die bisherige Versorgungsstelle Burg b. M. führt von jetzt an die Bezeichnung „Verwaltungsamt Burg b. M.“. Das bisherige Versorgungsamt Magdeburg führt jetzt die Bezeichnung „Hauptverwaltungsamt Magdeburg“.

Burg, 14. Juli. (Verbindliche Erklärung eines Schiedsrichters.) Vom Transportarbeiterverband wird uns geschrieben: In der Lohnstreitfrage gegen die Firmeninhaber im Industrie-, Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe hat der Regierungspräsident den Schiedsrichter des Schlichtungsausschusses vom 18. Juni 1920 für verbindlich erklärt. Es beträgt infolgedessen der Wochenlohn ab 1. Juni 1920 für Arbeiter 190 Mark, für sonstige Arbeiter im Transportgewerbe 175 Mark. Soweit bisher dieser Lohnsatz nicht gezahlt ist, hat am nächsten Lohnzahlungstag Nachzahlung zu erfolgen. Verbandskollegen, denen der Lohn nicht in voller Höhe gezahlt wird, wollen das zur weiteren Veranlassung sofort bei der Ortsverwaltung melden.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

An die Arbeiterjugendvereine!

Für den nächsten Teil des Jahres findet am Sonntag den 18. Juli, vormittags 11 Uhr, in Neuhaldensleben im Coldey'schen Lokal, Wühlringer Straße 8, eine

Ausschüß-Sitzung

statt. Jeder Verein sollte durch seinen Vorsitzenden oder ein Vorstandsmitglied vertreten sein. Auch Freunde der Arbeiterjugendbewegung in Orten, wo noch keine Vereine bestehen, sind eingeladen. Die Tagesordnung umfaßt alle auf den Stand der Bewegung bezüglichen Fragen. D. Bivonta, Neuhaldensleben, Burgstraße 13.

Althaldensleben, 14. Juli. (Zu der diebe.) Der Arbeiter Ernst Merje sah aus einer Zuderfabrik 4 Zentner Zuder, wovon er 3 Zentner an den Arbeiter Gräging aus Neuhaldensleben verkaufte. Dieser verkaufte den Zuder an die Eheleute Zeitz für 1500 Mark. Der vierte Zentner wurde von Merje an Frau Zeitz verkauft. Merje wurde zu 4 Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, Gräging zu 4 Monaten Gefängnis und 350 Mark Geldstrafe verurteilt.

Stensleben, 14. Juli. (Muglischfall.) Auf der Grube Treue ist der Monteur Kammerer verunglückt. Derselbe geriet bei einer Reparatur der Starkstromleitung in das Leitungsnetz und hat schwerere innere Verletzungen davongetragen; er wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Kreis Quedlinburg-Uchersleben-Ralbe.

Mehrborf, 14. Juli. (Die Druschpreise.) Die Verhandlungen über die Druschpreise pro Zentner fanden zwischen den Maschinenbesitzern und der Gemeindevertretung statt. Eine Herabsetzung des Preises auf 15 Mark pro Zentner konnte bis heute noch nicht erzielt werden. Nur durch eine Regelung im ganzen Kreise wird eine Herabsetzung möglich sein. Einer solchen Festlegung wollen sich auch die Maschinenbesitzer fügen. Eine Zahlung beim Drischen soll so lange nicht erfolgen, bis die Druschpreise geregelt sind. Ein so langer ist, veranstaltet von den Elternbeiträgen, fand am Montag nachmittags statt. Es nahm einen allseitig befriedigenden Verlauf. Nachmittags fanden Spiele statt, es erfolgte Veranstaltung mit Kaffee und Kuchen. Mit Tanz und Feuerwerk wurde das Fest geschlossen.

Kreis Uchersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Wernigerode, 14. Juli. (Der totergebliebte Gatte.) Eine eigenartige Ueberraschung ist dieser Tage einem aus langer Gefangenhaft in Sibirien zurückgekehrten Wernigeröder zuteil geworden. Seine Ehefrau hatte ihn schon längst als tot beweiht, weil sie vom Zeitpunkt, dem ihr Mann angeheiratet, die Nachricht von seinem Ableben sowie auch Talscheine und Gebühre des angeblich Verstorbenen erhalten hatte. Nach Ablauf des Trauungsjahres ist sie dann eine neue Ehe eingegangen und nach Mansfeldberg übergesiedelt.

Mantensleben, 14. Juli. (Schwerer Unfall.) Am Montag nachmittags geriet beim Herabfahren von der Leuchtmauer auf dem abschüssigen Fußweg nach der Thaler Chaussee ein mit mehreren Personen besetzter Wagen ins Rollen und stürzte um. Dabei wurde ein Kind des Herrn Architekten Lehmann recht erheblich, seine Gattin und ein weiteres Kind leichter verletzt.

Massenmörder Schumann vor Gericht.

In der Dienstagsitzung wurde als erster Sachverständiger Universitätsprofessor Geh. Rat Dr. Liepmann vernommen. Er sagte u. a.: Nach meiner Untersuchung, die ich mit dem Angeklagten vorgenommen habe, ist bei ihm eine gewisse erbliche Belastung vorhanden. Man kann es keine hohe Belastung nennen. Immerhin liegen doch Momente vor, die beachtenswert sind, so der Lebenslauf des Vaters und dessen psychische Abnormitäten, so die Tatsache, daß die Schwester Mormonin war, ebenso die Mutter. Zweifellos handelt es sich um einen ausgesprochen Entarteten, bei dem körperliche Anomalien sich zeigen. Seine Intelligenz liegt keineswegs unter dem Durchschnitt. Ich glaube, einen der Schlüssel für sein außergewöhnliches Leben und Verhalten gefunden zu haben. Ein paranoider Zug hat einen sehr lähmenden Einfluß auf ihn ausgeübt, nämlich die Tatsache, daß sein Vater Zuchthäuser war und daß dies auf seine Gemütsstimmung überaus einwirkte. Er sieht sich überall zurückgesetzt infolge dieser Tatsache, so auch namentlich beim Militär, so zwar, daß er sogar der Meinung Ausdruck gab, die Feme verfolgte ihn. Diese Vorstellung ist bei ihm überwertig und erklärt seine eigentümliche Menschlichkeit und seine Vereinsamung. Daraus erklärt sich auch, daß er zu Menschenhaß und Menschenfeindlichkeit geraten ist. Zu bemerken ist an ihm eine ganz abnorme Gemütskälte; es liegt offenbar bei ihm ein Mangel an Mitleid, eine Teilnahmslosigkeit gegenüber fremden Leuten inne. Er schließt auf Menschen, wie man auf Spinnen oder Marier schließt. Man kann von einer Machtlosigkeit sprechen. Daneben zeigt sich auch ein ganz ungeheures Triebleben, dem er ohne Ueberlegung folgt und was ihn sehr schnell zum Töten bringt. Daneben zeigt er etwas Ständliches, Mäuerromane vermehren seine Phantasie, es ist sein Ideal, wie ein Räuber im Walde zu leben. Abgesehen von diesem degenerativen Zuge, scheint auch ein sadistischer Zug eine Rolle zu spielen, der noch mehr aufgeschwächt wird, wenn er bei der Bekämpfung seiner Gefühle auf Widerstand stößt. Ein Sadist großen Stils, wie es die Zustände sind, ist er nicht. Es gibt Gutachter, die auf Grund des vorhandenen Tatsachenmaterials die Frage des Vorliegens des § 51 bejahen. Ich kann mich auf Grund der kurzen Beobachtungshierzu nicht entschließen.

Geheimer Medizinalrat Prof. Dr. Straßmann ergänzt ebenfalls sein schon zu Beginn der Verhandlungen abgegebenes Gutachten: Ich verkenne nicht, daß manches Auffällige, manches mehr als Sonderbare in dem Verhalten des Angeklagten in Erscheinung getreten ist. Der Angeklagte ist kein normaler Mensch, und die in der Verhandlung erwiesenen und durch die Beobachtung bestätigten Abnormitäten des Charakters sind aber noch keine Geisteskrankheiten. Zu der Annahme einer Geisteskrankheit gehören ganz bestimmte Symptome, und diese fehlen. — Der Sachverständige kommt ebenfalls zu der Vernennung der Frage des Vorliegens des § 51. Auf Anregung des Medizinalrats Dr. Stoermer wird nochmals auf kurze Zeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da der Sachverständige eine ganze Reihe von Fragen

die sich auf das intime Leben des Angeklagten beziehen, an die Öffentlichkeit richten hat.

Medizinalrat Dr. Stoermer: Alles zusammengenommen kann man sagen, es handelt sich um einen Menschen mit erheblicher erblicher Belastung, in dessen Familie Fälle von Epilepsie vorgekommen sind, um einen Menschen, der von Jugend auf in seinem Seelenleben anders war als andre. Er ist ein Degenerierter mit Anfängen epileptischen Charakters.

Nach Beantwortung einiger auf das Vorhandensein von Gemmungen bezüglicher Fragen des N. A. Frey durch die Sachverständigen wird die Beweisabnahme geschlossen.

Die 41 den Geschwornen vorzulesende Schuldfragen umfassen sieben Morde, elf versuchte Morde, zwei Raubtötungen, sechs Fälle der versuchten bzw. vollendeten Raubtötung und einige Diebstähle.

Staatsanwalt Dr. Steindröcher beantragt die Freisprechung des Angeklagten in 16 Fällen, aber die Bejahung der Schuldfragen in den übrigen Fällen.

Es folgt das Plädoyer des Verteidigers N. A. Dr. Frey: Der Angeklagte ist ein entarteter Sonderling genannt worden. Man kann bei ihm, wenn er die Straftaten begangen haben sollte, von einem Gipfel der Gemütslosigkeit sprechen. In diesem Zusammenhang erörtert der Rechtsanwalt die Frage der Ueberlegung, die er verneint wissen will. Solange der Staatsanwalt den Beweis schuldig bleibt, daß der § 51 abfolgt ausgeschlossen ist und daß dem Angeklagten keine Schuld ohne Einschränkung im Sinne des Wortes nachgewiesen ist, solange in dieser Beziehung bei den Geschwornen noch Zweifel existieren, kann die Schuldfrage nicht bejaht werden. Die Motive des Angeklagten zu seinen Taten seien doch geradezu kindlich. N. A. Dr. Frey kommt nach längeren psychologischen Betrachtungen zu dem Schlusse, daß, selbst wenn er ohne weiteres unterstellt, daß alle Indizienbeweise geblüht sind, alle Bestandteile des Angeklagten richtig sind, doch starke Zweifel übrigbleiben, ob er bei seinem Tun mit Ueberlegung gehandelt hat. Der Angeklagte verdient einen Arzt für sein zukünftiges Leben, aber nicht den Henker. Er hat aus innerem Drang, aus starkem, hemmungslosem Trieb, aus seiner Irrnatur gehandelt, aber nicht mit Ueberlegung.

Der Angeklagte verzichtet auf ein Schlusswort.

Das Urteil.

In später Abendstunde füllten die Geschwornen den Wahrspruch. Sie erklärten den Angeklagten schuldig des Mordes in sechs Fällen, des Raubversuchs in einem Falle, des Raubtötungsversuchs in vier Fällen, des schweren Diebstahls in einem Falle, des leichten Diebstahls in drei Fällen, der Unterschlagung in zwei Fällen.

Das Gericht erkannte wegen der sechs Fälle des Mordes auf Todesstrafe für jeden Fall, wegen Mordbrennerei auf lebenslängliches Zuchthaus, für die übrigen Fälle auf insgesamt 15 Jahre Zuchthaus, außerdem auf dauernden Ehrverlust.

Den Spruch der Geschwornen nahm der Angeklagte lächelnd entgegen. Er erklärte, nichts mehr zu sagen zu haben und ließ sich nach der Verkündung des Urteils ruhig abführen.

Bereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Seite 50 Pfa., aufgenommen.
Vogelbruder. Am Freitag den 16. Juli, abends 7^{1/2} Uhr, Versammlung in der Aula der Luisenschule, Breiter Weg 19-20.
Verband der Kupferstämme. Am Donnerstag den 15. Juli, abends 7 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Göthe, Al. Kosterstr. 18.
Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagendauer, Filiale Magdeburg. Am Sonnabend den 17. Juli, abends 8 Uhr, Generalversammlung im „Diamantbräu“, Berliner Straße.
Metallarbeiter-Kranken- und Sterbekasse Magdeburg-Wilhelmstadt. Am Sonnabend den 17. Juli, abends von 7 bis 9 Uhr, Delegiertenwahl im Goethe-Restaurant.

Wasserstände.

Ort	13. 7.	14. 7.	15. 7.	16. 7.	17. 7.
Parabuth	113.7	—	—	—	—
Brandels	—	—	—	—	—
Meinit	—	—	—	—	—
Zeitmeritz	—	—	—	—	—
Auffig	—	—	—	—	—
Dresden	14.7	+ 0.81	0.31	—	—
Zorgau	—	+ 1.05	0.43	—	—
Wittenberg	—	+ 1.00	—	—	—
Noblar	13.7	—	—	—	—
Alten	14.7	+ 1.16	0.02	—	—
Barbu	—	+ 0.91	—	—	—
Magdeburg	—	+ 1.62	—	—	—
Tangermünde	—	+ 1.3	0.06	—	—
Wittenberge	13.7	+ 1.45	0.05	—	—
Lenzen	—	+ 0.87	0.06	—	—
Bömitz	12.7	+ 0.76	—	—	—
Darchau	13.7	—	—	—	—
Wojenburg	14.7	+ 0.88	0.04	—	—
Sohnstorf	—	—	—	—	—
Düben	114.7	+ 0.38	—	—	—
Caatz	—	—	—	—	—
Grochitz	14.7	+ 0.88	0.06	—	—
Groscha	—	+ 1.68	0.06	—	—
Ralbe Oberpegel	—	+ 0.90	0.05	—	—
Ralbe Unterpegel	—	—	—	—	—
Gräbne	—	—	—	—	—
Brandenburg	—	—	—	—	—
Oberpegel	13.7	+ 2.06	—	—	—
Brandenburg	—	—	—	—	—
Unterpegel	—	+ 0.76	—	—	—
Rathenow	—	—	—	—	—
Oberpegel	—	—	—	—	—
Rathenow	—	—	—	—	—
Unterpegel	—	—	—	—	—
Sabelberg	—	+ 1.60	0.01	—	—

Wettervorhersage.

Donnerstag den 15. Juli: Ziemlich heiter, trocken, wärmer.

Wilhelm Picard.

Von J. Steiner-Jullien. Nachdruck verboten.

(24. Fortsetzung.)

Der neue Direktor, der entschlossen war, sich mit den Internierten auf guten Fuß zu stellen und alles anders als sein Vorgänger zu machen, fragte Wilhelm mit strenger Miene: „Sind Sie Picard? — Ich muß Ihnen zu meinem Bedauern sagen, daß Sie nicht mehr ausgehen werden. Hier herrscht Gleichheit. Sie werden wie alle behandelt werden, nicht besser und nicht schlechter. Aber da Sie zwei Kinder haben, gestatte ich Ihnen, das Zimmer, das Sie bewohnen, weiter zu behalten.“

Wilhelm war niedergeschmettert. Er fragte, warum ihm der Direktor nicht mehr gestatten wolle, arbeiten zu gehen. „Ich habe Ihnen keine Kochenschaft abzuliegen“, erwiderte der Direktor trocken; „ich bin übrigens nicht berechtigt, die Internierten ins Dorf gehen zu lassen.“

Wilhelm ging gesenkten Hauptes. Der Direktor blieb zweifelnd, ob er recht gehandelt, zurück. Er hatte erwartet, einen zweckmäßigen und verschlagenen Menschen zu finden. Die schlafte, fehnige Gestalt Wilhelms, seine einfachen und offenen Manieren hatten einen günstigen Eindruck auf ihn gemacht.

Diese Nacht schiefte Wilhelm schlief. Er dachte an Frau Leroux, wie sie diese Nachricht aufnehmen würde, er dachte weit mehr daran, als an die Nachteile, die die neue Ordnung der Dinge ihm und den Kindern bringen würde. Wer würde der guten Frau jetzt helfen, das Land zu bearbeiten? Auf sich selbst gestützt, würde sie außerstande sein, das Anwesen in Gang zu halten. Und wie würde sie, die sich so sehr an die Kinder gewöhnt hatte, die neue Einsamkeit empfinden? Ihm schien, daß sie, die so viel für die Kinder getan, ein Unrecht auf diese hätte und daß man an ihr ein grausames Unrecht begehe, wenn man ihr die Kinder entziehe. Und wie würden die Kinder selber es aufnehmen?

Am nächsten Vormittag wurde Wilhelm vom Wachtposten gerufen; eine Frau verlange ihn zu sprechen. Es war Frau Leroux.

Sie war zunächst verwundert gewesen, als Wilhelm und die Kinder nicht zur gewöhnlichen Stunde kamen. Als zwei, drei Stunden verstrichen waren und sie vergebens nach ihnen ausgesehen hatte, war sie ernstlich beunruhigt.

Schließlich sah sie einen Entschluß, zog sich an, um nach Wilhelm zu gehen. Es mußte ihm etwas zugefallen sein, dachte sie, denn wären es die Kinder, würde er gekommen sein, sie zu benachrichtigen. Sie rannte auf, als sie Wilhelm und die Kinder auf sich zukommen sah. Gott sei Dank, dachte sie, er ist gesund und die Kinder auch.

Wilhelm teilte ihr das Verbot des neuen Direktors mit. Frau Leroux schien ihn zunächst nicht zu verstehen, so erschrocken war sie. Doch sie sagte sich schnell: „Ich werde mit dem Direktor reden“, sagte sie resolut.

„Sie können es immer versuchen“, meinte Wilhelm niedergeschlagen, „aber ich glaube nicht, daß Sie Erfolg haben werden.“

„Das wollen wir sehen; ist er da?“ fragte sie herausfordernd. Wilhelm führte sie zum Bureau des Direktors, das Respekt der Unterredung draußen erwartend.

Der Direktor empfing sie in seiner barocken Weise: „Sie wünschen?“

Frau Leroux, mit dem feinen Spürsinn des Weibes, sah sich den Mann an, gemüßregnet um dessen schwache Stelle ausfindig zu machen. Um Zeit zu gewinnen, stellte sie sich zunächst vor.

„Ich bin die Witwe Leroux“, begann sie, und da sie sah, daß sie es mit einem Städter zu tun hatte, mit einem jener Herren, die wie die Zeitung reden, setzte sie hinzu, was sie so oft in der Zeitung gelesen hatte: „Mein Mann ist auf dem Felde der Ehre gefallen.“

Der Direktor richtete sich stramm auf, als wollte er dem Toten die letzte Ehrenbezeugung geben und sagte respektvoll: „Wollen Sie bitte Platz nehmen, und was steht zu Ihren Diensten, Madame?“

Frau Leroux setzte sich würdevoll und dachte: „Oh, der ist so schrecklich nicht, den werde ich schon herumkriegen.“ Und mit niedrigergelegener Stimme sagte sie: „Ich bin eine arme Witwe, die ganz allein geblieben ist. Wir hatten wohl einen Arbeiter, der meinem Mann geholfen hat, aber er ist auch fort in den Krieg. Ich habe getan, was ich konnte, denn man muß das Land bebauen, damit die Arme und die Städter zu essen haben. Gab ich nicht recht?“

„Aber gewiß, Madame“, sagte der Direktor höflich. „Aber was kann eine arme Frau ganz allein tun? Ich habe wohl Arbeiter gesucht, aber vergebens; die Männer sind alle fort in den Krieg. Da bin ich einmal dem Leutnant begegnet, Ihrem Vorgänger, der meinen Mann gekannt hatte. Er hat mich getröstet und mir versprochen, zu tun, was ihm möglich sein würde. Und er hat mir auch einen Menschen geschickt, über den ich nicht zu klagen hatte.“

Der Direktor rückte ungeduldig und verlegte auf seinem Stuhle hin und her, nervös mit einem Lineal spielend. „Deshalb bin ich gekommen“, fuhr Frau Leroux fort, einer plötzlichen Eingebung folgend, „Sie zu bitten, mir auch einen Ihrer Internierten zu schicken.“

Frau Leroux mußte es nicht, deshalb machte sie eine verständnisvolle Kopfbewegung.

„Nun“, fuhr der Direktor fort, „was Sie von mir verlangen, ist gegen das Gesetz.“

„Das heißt“, sagte Frau Leroux schnell, die zwar immer noch nicht mußte, was ein Gesetz ist, aber sofort ihren Vorbehalt wahrnahm. „Sie klagen den Leutnant an, gegen das Gesetz gehandelt zu haben?“

Der alte Herr wurde rot bis in die Haarwurzel. Er hatte eine imponierende Dummheit gesagt, um der Frau den Mund zu stopfen, wie das Weib zu tun pflegen, um einen ungewohnten Bürger loszuwerden. Kopf und Hände energisch schüttelnd, wehrte er ab. „Es ist mir gar nicht eingefallen, meinen Vorgänger irgendwie anzuklagen. Sie haben mich schlecht verstanden. Ich habe nur ein Beispiel geben wollen. Ich werde Ihnen das erklären. Sie haben früher einen Arbeiter beschäftigt unter Bedingungen, die vom Gesetz bestimmt sind, zum Beispiel die Kündigungsfrist. Der Arbeiter wie der Arbeitgeber müssen je nach dem Herkommen, kündigen; das schreibt das Gesetz vor. Nun, mir ist vorgeschrieben — und das ist auch für mich Gesetz — daß kein Internierter das Lager verlassen darf.“

Frau Leroux fuhr fort, zu ignorieren, was ein Gesetz ist, aber mit weiblichem Scharfblick nahm sie sofort ihren Vorbehalt wahr. „Es war in Fontenaynac nicht Brauch, zu kündigen; man einigte sich in diesem Punkte je nach der Jahreszeit. Aber der Direktor hatte soeben gesagt, daß man kündigen müsse, das verlangt das Gesetz — wahrscheinlich eine städtische Erfindung, wie die Steuern.“

„Weiter will ich ja nichts“, erwiderte also Frau Leroux mit harmloser Miene. „Das Gesetz bestimmt, wie Sie sagen, eine Kündigungsfrist. Und warum kündigt mir mein Arbeiter nicht?“

„Ah Madame“, sagte der Direktor, immer mehr in die Enge getrieben, „das ist nicht dasselbe; der Mann ist kein freier Arbeiter.“

„Und ich, Herr?“ fragte Frau Leroux, zum Angriff übergehend.

„Ich habe nichts gegen Sie gesagt“, verteidigte sich der Direktor.

„Aber gehandelt haben Sie gegen mich. Ohne mir etwas vorher zu sagen, nehmen Sie mir meinen Arbeiter, einer armen Witwe.“

„Ich habe die Befehle, die ich erhalte, auszuführen“, sagte der Direktor, böllig geschlagen; „alles was ich tun kann ist, Ihnen den Mann nach einer Zeitlang zu lassen, bis Sie einen andern Arbeiter gefunden haben. Aber verlangen Sie nicht mehr; mehr kann ich nicht tun.“

(Fortsetzung folgt.)

und Meimann die Kaiserne betraten. Nach der Beweisaufnahme ist aber als feststehend anzunehmen, daß die Angeklagten die Tatsache der Festnahme benutzten, um Landsberg als Geiseln zu behaupten. Hatten sie tatsächlich die Absicht gehabt, Landsberg in Sicherheit vor der erregten Menge zu bringen, so hätten sie ihn zum Bahnhof bringen müssen, als der Exekutiv-ausschuß die Freilassung angeordnet habe. Herr Landsberg wurde aber als Gefangener betrachtet. Der Angeklagte Vater übernahm mit der weiteren Entscheidung über das Schicksal des Zeugen auch die Verantwortung. Die Aussage Vaters, der Zeuge solle nach Braunschweig geschafft werden, kann nur als Mufftag aufgeführt werden. Die Beweisaufnahme hat auch ergeben, daß Vater das Zeichen zur Abfahrt gab. Zugunsten der Angeklagten spricht die politische Erregung und die Tatsache, daß es sich um unbescholtene Männer handelt, die ihrem Freunde Brandes mit der Festnahme Landsbergs helfen wollten. Andererseits ist aber zu bedenken, daß die Freiheitsberaubung von längerer Dauer und das Leben des Zeugen Landsberg ernsthaft gefährdet war. — Ich beantrage daher für die Angeklagten Vater und Steinbrück je 5 Monate Gefängnis, für die Angeklagten Meimann, Daum und Düring je 4 Monate und für die Angeklagten Dahms und Bohne je 3 Monate Gefängnis.

Rechtsanwalt Dr. Weinberg: Der Vorgang hat sich abgeklärt zu einer Zeit, als der Kampf um die Staatsgewalt noch nicht abgeschlossen war. Es sind in der Zeit viele schwere Delikte begangen, die nicht geahndet wurden. Die Verhaftung Brandes' war ein schwerer Verfassungsbruch. Die Erregung der Arbeiterschaft war daher berechtigt. Der Minister Landsberg hätte nach Meinung der breiten Masse das Vergehen rückgängig machen können. Braunschweig war der einzige Ort, der sowohl der Menge als auch dem Zeugen Landsberg die nötige Sicherheit bot. Die Angeklagten können annehmen, daß der Minister mit der Fahrt einverstanden war. Ich bin der Auffassung, daß die Angeklagten freigesprochen werden müssen, da nicht festgestellt ist, daß sie Landsberg vorwiegend zur Freiheit berauben wollten. Ich bin überzeugt, daß die Angeklagten nicht nur freigesprochen werden müssen, sondern daß sie die Rettungsmédaille verdienen, weil sie dem Minister das Leben retteten.

Zustizrat Dr. Böcker erkennt an, daß der Staatsanwalt sich einer großen Objektivität befleißigt hat. Die Erregung war groß. Der einmütige Generalstreik ist dafür der beste Beweis. Die Masse glaubte, Landsberg könne helfen. Die Ereignisse nach dem Morden hatten außerdem den Zeugen Landsberg ein Teil des Vertrauens seiner Wähler gekostet, daher ist die Erregung gegen ihn zu verstehen. Die Angeklagten konnten überhaupt nicht anders handeln. Sie gingen den einzig möglichen Weg, indem sie die Verhaftung aufrechterhielten und durch die Fortschaffung den Minister vor weitem Schaden bewahrten. Ich beantrage Freisprechung. Nach anderthalbstündiger Beratung verkündet das Gericht abends 8 Uhr folgendes

Urteil:
Die Angeklagten sind sämtlich der widerrechtlichen vorwärtigen Freiheitsberaubung schuldig. Die Angeklagten Vater und Steinbrück werden zu je 2 Monaten, die Angeklagten Meimann, Daum und Düring zu je 1 Monat, der Angeklagte Bohne zu 8 Wochen, der Angeklagte Dahms zu 800 Mark Geldstrafe, im Nichtvermögensfalle zu 14 Tagen Gefängnis, verurteilt. Beim Angeklagten Steinbrück werden 2 Wochen Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet.

In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß die Angeklagten die Absicht hatten, Landsberg als Geiseln für Brandes festzuhalten. Wenn dieser Tat auch ohne Zweifel ideale Motive zugrunde liegen, so ändert es nichts daran, daß die Tat gegen die bestehende Gesetzgebung verstößt. Notwehr trifft nicht zu, ebensowenig Notstand. Das Gericht hat die große politische Erregung nicht außer Betracht gelassen und ist darum über 2 Monate Gefängnis nicht hinausgegangen. —

Notizen.

Die Grenzregulierung in Schlessen. Die internationale Grenzregulierungskommission in Loppau wollte die drei Dörfer Gaatich, Owschütz und Schandau im Kreise Ratibor der Tschechoslowakei einverleiben. Die Bevölkerung dieser drei Dörfer protestierte ganz energisch und sandte eine Deputation zu General Le Nord, der sich im Auftrag des Reichspräsidenten nach Loppau begab. General Le Nord versprach, beim Obersten Rat zu befragen, daß die endgültige Grenzregulierung nur durch eine Entscheidung des Obersten Rates herbeigeführt werde. Am 12. Juli traf ein Telegramm aus Paris ein, wonach die Votumschlichter entschieden hat, die tschechoslowakische Grenze in der Gegend von Gaatich, Owschütz und Schandau dürfe nicht vor der Volksabstimmung in Oberschlesien endgültig festgelegt werden.

Seemannskonferenz und Achtstundentag. Die Seemannskonferenz prüfte den endgültigen Text der Konvention über den Achtstundentag. Die Abstimmung ergab 49 Stimmen für und 24 Stimmen gegen das Abkommen. Da jedoch eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, wurde die Konvention als verworfen erklärt. —

Umformung der Sicherheitspolizei. Am Mittwoch werden die Oberpräsidenten der verschiedenen Provinzen sowie die Leiter der Sicherheitspolizei in Berlin eintriften, um unter Leitung des Ministers Severin in eine besondere Konferenz einzutreten. Gegenstand der Verhandlungen bildet im wesentlichen die bevorstehende Umformung der Sicherheitspolizei. —

Transportarbeiterstreik in Stuttgart. In Stuttgart sind die Fuhr- und Transportarbeiter — etwa 1000 — wegen Lohnunterstützung in den Ausstand getreten. —

Metallarbeiterstreik im Saargebiet. Der Streik der Metallarbeiter im Saargebiet ist nach vorliegenden Meldungen beendet. —

Verständnis auf Kuridigung. Der „Daily Mail“ zufolge haben die englische und die japanische Regierung eine Note an den Völkerbund gerichtet, in der sie ihn beabsichtigen, daß sie den Bündnisvertrag zwischen beiden Ländern um ein Jahr verlängern wollen. Der Vertrag läuft jetzt automatisch Jahr für Jahr weiter, bis er gekündigt wird. —

Wieder ein Munitionslager in die Luft geflogen. Wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, wird erst jetzt bekannt, daß sich am Sonnabend in Kestlerbach am Main, das von den Franzosen besetzt ist, ein großes Explosionsunfall ereignet hat. Dort befindet sich ein Artillerie-Munitionslager. Am Sonnabend sind nun größere Mengen dieser Munition in die Luft geflogen. Bisher wurden zehn tote geborgen. Wieviel Tote unter den Trümmern liegen, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Zahl der Verwundeten beträgt etwa 20, darunter einige lebensgefährlich. Die Rettungsarbeiten waren außerordentlich schwierig, da fortwährend neue Ladungen in die Luft flogen. Bedauerlicherweise konnte den Verwundeten die erste Hilfe nicht sofort zuteil werden, da es an Verbandsstoffen fehlte. In den Rettungsarbeiten beteiligte sich auch französisches Militär. —

Deutsche Offiziere in Budapest. In Wien verlautet, daß in Budapest sich 230 deutsche Offiziere befinden, die nach dem Rapp-Putsch nach Budapest geschickt sind. Sie haben sich in zwei Offizierskompanien organisiert und beziehen ihr Gehalt von einem monarchistischen Fonds in Deutschland. Ebenso befinden sich in Ungarn nahe der kroatischen Grenze eine starke Truppe österreichischer monarchistischer Offiziere, die aus einem ähnlichen Fonds bezahlt werden. Es ist also klar, daß Ungarn für die monarchistische Streitkräfte Mitteleuropas ein Aflid bildet.

Die kommunistische Kinderkrankheit. Wie wir der „Roten Fahne“ entnehmen, erscheint demnächst eine neue Schrift von Lenin, welcher der kommunistische Parteipapst den bezeichnenden Titel gegeben hat: „Der Materialismus — eine Kinderkrankheit des Kommunismus“. Wie schnell doch die Kommunisten dort reiten, wo die Verantwortung für die Regierung auf ihnen lastet. Wann erscheint die Schrift „Der kommunistische Materialismus — eine Kinderkrankheit des Sozialismus“?

Nach die Tiroler Revolver. Der Tiroler Landesrat hat eine feierliche Protestkundgebung gegen die im französischen Senat gesandene Verurteilung erlassen, daß die österreichischen Katholiken den Anschluß an Deutschland bekämpfen. Als in seiner überwiegenden Mehrheit aus katholischen Abgeordneten bestehend, sahle er sich berufen, den Anschließwillen Tirols an ein gemeinsames deutsches Vaterland nachdrücklich zu bekunden. —

Die Engländer ziehen ab. Der „Times“ zufolge haben die englischen Streitkräfte in Stärke von 2000 Mann am 9. Juli Vatun g eräumt und sind auf dem Wege nach Konstantinopel. Datum ist von georgischen Truppen besetzt worden. —

Demonstration in Spalato. In Spalato kam es zu großen Demonstrationen der Volksmenge gegen die Italiener, weil zwei italienische Soldaten des im Hafen liegenden italienischen Kriegsschiffs „Buglia“ jugoslawische Fahnen heruntergerissen haben sollen. Die Demonstrationen führten schließlich zu Schießereien zwischen den Matrosen des Kriegsschiffs und jugoslawischen Gendarmen. Auf Seiten der Jugoslawen wurde ein Mann getötet und mehrere schwer verletzt, auf Seiten der Italiener der Kommandant des Schiffes, Fregattenkapitän Gull, sowie ein Steuermann getötet und mehrere Matrosen leicht verletzt. Im Hafen sind weitere italienische Kriegsschiffe eingetroffen. Der Kommandant der Entente-Flotte in Spalato, der amerikanische Admiral Andrews, hat eine strenge Untersuchung eingeleitet. —

Die Rote Armee in Persien. Nach einer Sabotageaktion aus Teheran sind neue Sowjettruppen am Kaspischen Meere gelandet. Damit habe sich die Lage Persiens noch weiter verschlechtert. Die neue persische Regierung versucht, einige Regimenter aufzustellen und auch Kosaken und russische Offiziere, die sich in Persien aufhalten, anzuwerben. —

Depeschen.

Eine Verurteilung.

W. L. B. Eisen, 14. Juli. Der Oberlehrer D. Siemen sen, der während der Märzunruhen im Auftrag des Roten Volkzugsrats als Zensor der Essener Zeitungen tätig war, wurde von der zweiten Strafkammer des Essener Landgerichts wegen Amtsannahme und Landfriedensbruchs in Lateinheit zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt und wegen Flußüberdachts sofort verhaftet. —

Ausnahme-Angebot!
Herren- u. Kostümfstoffe
prima Qualitäten, in allen Farben, auch
marengo u. gestreifte Hofenstoffe
Serie I 100 Mark pro Meter Serie II 135 Mark pro Meter
sow. Futterstoffe, Ansetze. (Siehe Inserat v. Mittwoch.)
E. Rudolf Fuß, Textilwaren
2884 Blomareckstraße 48, I.

Felle und Häute aller Art!
Strumpfwebe, Schafwolle, Rohwolle, Schmalzschichten
Kunstwolle, Kupfer, Nougat, Weiz, Reintuch
kauft zu hohen Preisen
Sch. Israel, Johannisbrot 3b.

Bekanntmachung.
Ausgabe von Güststoff.
Auf Karte 6 der Güststoffkarte werden vom 16. bis 31.
Juli d. J. 2 Briefchen Güststoff
ausgegeben. Der Preis für ein Briefchen Güststoff beträgt
1 Mk. (Die Päckchen tragen vielfach noch die alten Dreiecks-
bezeichnungen.)
Magdeburg, den 13. Juli 1920. Der Magistrat.

Bekanntmachung
Nachtrag zur Bekanntmachung des Magistrats vom
26. Juni 1920.
Ziffer 2 der Bekanntmachung erhält folgende Fassung:
Auf die mit den Buchstaben A—D bezeichneten Klassen
des Brotmarkenbogens für Juli darf ab 28. Juni bis
24. Juli insgesamt 1/2 Einheitslochkarte, auf die mit den
Buchstaben E—H
ab 15. bis 24. Juli gleichfalls insgesamt 1/2 Einheits-
lochkarte abgegeben werden.
Magdeburg, den 13. Juli 1920. Der Magistrat.

Anfolge Verlegung des Versorgungsamts, hiesiger
Versorgungsstelle (früher Bezirksamt), von der alten
Mehlgasse nach der Landwehrstraße 7, Barocke D, hiesigen
die Geschäftsnummer von 15. bis 19. d. M. für den öffent-
lichen Verkehr geschlossen.
Von Dienstag den 20. Juli 1920 an wird der Geschäfts-
betrieb in der Landwehrstraße wieder in vollem Umfang
aufgenommen.
Magdeburg, den 12. Juli 1920. Versorgungsamt.

Arbeitsmärkte
Kaufe Herren- u. Damen-
oder Damen-
auch ohne Bereifung.
2886 Boigt, Papenstraße 15, Jürgels, Gr. Mühlstr. 17.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
— Verwaltung Magdeburg. —
Geschäftsstelle: Große Mühlstraße 3, I. — Geschäftsstunden:
Werktag von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von 10 bis 4 Uhr.
143 — Sonntags geschlossen. — Telefonruf 1912.
Wartung!
Orthopädiemechaniker und Bandagisten!
Freitag den 16. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn Koppke, Fischergasse 17.
Branchen-Versammlung.
Sagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zur Reichs-
konferenz. 2. Branchenangelegenheiten.
Wir bitten für zahlreichsten Besuch Sorge zu tragen und
laden speziell die sich auf Urlaub befindlichen Kollegen
freundlichst ein.
Wartung, Bauhilfen!
Freitag den 16. Juli, abends 7 Uhr, im Verkehrlokal,
Sleine Klosterstraße 15/16.
Branchen-Versammlung.
Sagesordnung: 1. Bericht der Lokalkommission von
den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß.
2. Branchenangelegenheiten und Verschicktes.
Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.
Die Verwaltung.

Wanzen-
Verflüchtigungsmittel in
konzentrierter flüssiger Form
Hofapotheke
Breiteweg 158.

Ich habe zu verkaufen
folgende Posten
Herrenstoffe
in den feinsten Qualitäten, am
Donnerstag
Freitag
Sonnabend
und weiter, solange Vorrat. Die Preise sind ganz erstaunlich niedrig, was natürlich
nur durch besondere Umstände möglich ist. Nur einzelne Artikel möchte ich hier
besonders hervorheben:
Gruppe I. Sehr schöne Anzugstoffe, 140 cm breit, Mk. 85.— bis 105.—, in
verschiedenen schönen Mustern.
Gruppe II. Fein gestreifte Hosenstoffe und prima Anzugstoffe, tadellose
Qualitäten, Mk. 85.— bis 145.— pro Meter, hierunter auch elegante
Kammgarn-Melangen, 140 cm breit. Ferner schw. Damoclet Mk. 108.— pro
Meter, und große Auswahl in schwarz, blau, Marengo, Covercoat usw.
Gruppe III. Ganz extrafeine, hochwertige farbige Anzugstoffe, 148 cm breit,
prachtvolle Qualitäten und Dessins, Mk. 189.— pro Meter. Ferner
Samtmantelstoffe Mk. 85.— pro Meter.
Sämtliche Preise sind unter dem heutigen Herstellungswert, würden also
direkt vom Fabrikanten im Einkauf wesentlich mehr kosten. — Jedes
Maß wird abgegeben. 1682
Deutsches Groß-Tuchlager
Willibald Bott
Magdeburg, Breiteweg 23, I., Eingang Berliner Strasse.

Dankfagung.
Für die herrlichen Kranzspenden sowie für
die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme
beim Begräbnis unsers geliebten Entschlafenen
sprechen wir unsern aufrichtigsten Dank aus.
2881 **Familie Friz Boes.**

Germann Nische
im 61. Lebensjahre. 2881
Die trauernden Hinter-
bliebenen:
Marie Nische geb.
Gauer u. Angehörige.
Die Beerdigung findet
am Freitag den 16. Juli,
nachmittags 2 Uhr, von der
kleinen Kapelle des West-
friedhofs aus statt.

Ein neues, **Bohnhaus**,
massives
Gastanlage, große Stallung u.
Garten ist sofort preiswert zu
verkaufen. Karl Dörro in
Parech a. d. Elbe, Zerbener
Straße 16, Kreis Zerbst, 2.
Wohnstation Glien. 1672

Dankfagung.
Für die herrliche Teilnahme
und die Kranzspenden beim
Begräbnis meiner lieben Frau
jage ich allen Verwandten,
Freunden und Bekannten auf
diesem Wege meinen herzlichsten
Dank. Besonderen Dank Herrn
Steinhagen in Firma Meißner
& Co. sowie den Helfern, dem
Bureaupersonal, ihren Arbeits-
kollegen und -kolleginnen. Dank
meinen Arbeitskollegen und
dem Bureaupersonal der Ein-
gastfertigung Hauptbahnhof
sowie den Mitbewohnern des
Hauses Rogäcker Straße 55.
Herrn Pastor Zippel danke
ich für das letzte Geleit. 2877
Im Namen der trauernden
Hinterbliebenen
Karl Rehfeld.

Arbeitsmärkte
Dienstmädchen.
Suche zum sofortigen Antritt
ein nicht zu junges, anständiges
Mädchen, das schon gebirt
hat. Otto Bonhage, Aktien-
wehdingen, Weg. Magdeburg.

Suche für Dampfzug in
der Ludwiger Gegend 372
1 Dampfzug-
maschinisten,
1 Pfugmann.
Heinrich Richter, Wernigerode
Rochlehrling
gesucht. 1816
Parkrestaurant Friedrich-
Wilhelms-Garten.

Beretreter gesucht
für Schiffsapparat für Schiff-
maschinen, Mk. 9.50, und Sen-
senapparate (erzeugt das
Bergel der Senen) Mk. 17.00.
Nischenab, hoher Verbleib.
Wulst franko Nachnahme.
Kriegsgefangene, Erfurt.

Von der Reise zurück!
Robert, Bott, Dentist
Halberstädter Straße 121.

Gebrauchte Möbel ganz billig.
Chaiselongues, Stoff- und
Pflanzmöbel, fette Schlaf-
stühle m. r. Ma. 2884
Möbelhalle Spennemann,
Hohepfortstr. 41 a. Böttcherpl.

Dampfzug-Meister
Maschinisten
und Pfugleute
welche schon längere Zeit bei
Dampfzügen gearbeitet ha-
ben, für Provinz-Verbindungen
sowie für Eisenbahnen an-
genommen.
Heinrich Böttcher
St. Walde, Dreieck 230, 2882 Magdeburg, Kaiserstr. 84.

Ein älterer Gärtner
mit gründlichen Erfahrungen im Einpflanzen 1547
von Raschmenten für sofort gesucht.
M. Heintze,
H. Mundlos & Co., Lübecker Str. 6.
Provisions-Vertretern
welche bei Bäckereien gut eingeführt sind oder einen großen
Verkauf haben, bietet hiesiges Pflanzgeschäft gute
Lebensbedingungen. Offerten unter Caput B 1674
an die Expedition der „Postkammer“.

Kakao
in bekannter, vorzüglicher,
dunkler Qualität
Pfund 17.00 Mt.
beimbest. 10 Pfd. 16.50 Mt.
beimbest. 50 Pfd. 16.00 Mt.
Curt Rabe
Moltkestraße 12 c
— Eingang Fürstener. —
Öffentl. Volksversammlung
Freitag den 16. d. M., abends 7 1/2 Uhr, spricht der
Generalsekretär der Partei aus Gemüths-
im Saale des „Domratspalastes“ über
Zweck u. Ziele der Betriebsräte
Zu dieser Versammlung ladet ein
2888
Kommunistische Partei (Spartakusbund),
Ortsgruppe Magdeburg.



Cigarren-igarettentrentrale Ruben & Co

Telephon 7608 Alte Ulrichstrasse 17 Telephon 7608

Ganz besonders vorteilhaftes Angebot.
Wir bitten unsere Schaufenster-Auslagen zu besichtigen.

Cigarren rein Uebersee, hervorragende Qualitäten
Cigarillos 1875
Cigaretten sämtliche führenden deutschen Fabrikate

u. a. besonders preiswert:
Casanova Solea o. M. 25 Pfg. } Qualitäts-
Wassil o. M. 30 Pfg. } Cigarette.

Rauchtabake Grobschnitt, Pfund 20.00 22.50 25.00
feiner Spezialmarken

Shagtabake Pilsnag, Prince Haro, Yankee-Shag
Kautabake, Schnupftabake
Für Wiederverkäufer Reichhaltig sortiertes Lager — Besond. günstige Preisstellungen.
Beachten Sie unsere Schaufenster-Auslagen!

Außergewöhnlich preiswerte Möbel

Don meinen älteren Lagerbeständen habe noch ganz billig abzugeben:

- 1 Speisezimmer echt eiche, mit Buffet, 200 cm breit, für nur **5800** M.
- 1 hochap. Speisezimmer m. groß. Buffet, reich geschmückt, für nur **4800** M.
- 1 Speisezimmer für kleinere Wohnungen passend, für nur **2800** M.
- 1 Speisezimmer ganz schwarz geblät, für Landhaus pass., für nur **1800** M.
- Mehrere Herrenzimmer ganz besonders preiswert, für nur **2200, 2800, 5500, 5800** M.
- Einige sehr preisw. Schlafzimmer zum Preise **1600, 2200, 2800, 3500** M.
- 1 Wohnsalon sehr aparte Form, zum Preise von **1600, 3500** M.
- Einige noch sehr preiswerte Küchen und einzelne Möbel. 1686

Möbel-Palast Gustav Jentsch

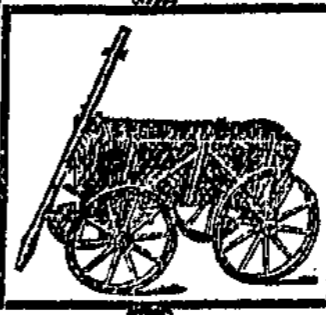
Breiteweg 150.

Wegen Aufgabe der Fabrikation

verkaufen wir unsere

Rastenwagen

zu bedeutend herabgesetzten Preisen!



Verkauf von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags.

H. Mundlos & Co.

Magdeburg-Neustadt, Ulbeder Straße Nr. 8.

Theodor Müller

Magdeburg-Neustadt, Rauchtabak- und Zigarrenfabrik.

Ferdinand Hitzeroth, 1681
Kautabakfabrik.

Verkaufskontore: Ulbeder Str. 98, Haltestelle der Straßenbahn 1 und 2.

Prinz Haro

feiner gelber Virginia Zigaretten und Pfeifen

Shag-Tabak

in 50-Gramm-Päckchen einwandfreier Ware

zum Kleinverkauf jezt **9.50**

hat vorteilhaft angeboten

Wilhelm Hollmann

Saßhofferstr. 14. Fernruf 4049

Sudenburger Sammelstelle

Leusdorfer Weg 2, Telephon 3397

kauft und zahlt die höchsten Preise für

Schafwolle und Strumpfwolle

Altpapier — Altmetalle

altes Eisen sowie Lumpen

alle Sorten Felle, Wein- u. Sektflaschen

1673 Abholung erfolgt kostenlos!
Gebr. Rosenbaum.



Instandsetzungen an Uhren

Moormann

Moderne Uhren

Schmuck

nd. Hauptpost

Kleinkunstbühne Hohenzollern.

Ab heute 120

Gastspiel Heinrich Esser

vom Stadttheater Magdeburg

dazu das große Programm.

Im Café und Weinrestaurant täglich

große Konzerte.



Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos

Kukirol

100 000 fach bewährt Preis 1/2 2.50. In Apotheken und Drogerien erhältlich.

Kraftverkehrs-Gesellschaft m. b. H. Sachsen-Anhalt

Direktion Magdeburg, Karlstraße 1. — Telephon 2181, 2082, 878.

Autoomnibuslinie Wernigerode—Schierke

Eröffnung am 15. Juli 1920

Fahrplan:

Bem.	nachm.	abhd.	ab	Wernigerode	an	Vorm.	nachm.	abhd.
1015	280	815	↓	(Bahnhof)	↑	945	410	725
1100	350	900	↓	Elbingerode	↑	900	315	640
1117	347	917	↓	Dreieichen-Hohne	↑	848	258	628
			↓	Schierke	↑			
1155	405	955	an	(Waldstriebe)	ab	825	240	605

BedarfsHaltestellen: Körschenrode, Waldmühle, Chausseehaus Volmtz, Eisensteinstraße, Gartenberg, Schierke (Hotel Eisberg und Post).

Vermietung von Lastkraftwagen mit und ohne Anhänger, für Transporte jeder Art, auf Tage und längere Zeit.

Ankunft und Kostenanschläge bereitwillig und unverbindlich durch die Direktion. 163

Vermietung von Krankenwagen für Ueberlandtransporte.

LT Lichtspiele Tivoli LT

Gr. Diedericher Straße 219

Nur bis Donnerstag

Bruno Kastner in Die goldene Lüge

großes Drama in 5 Akten. — Dazu

Ja, da muß doch in der Leitung . . .

Lustspiel in 3 Akten. — Ende ohne Ende!

Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. 2885 Anfang 8 1/4 Uhr.

Fürstenhof-Drucksaal

Heute Donnerstag! Zum letzten Male!

Der große Attraktions-Spielplan!

Freitag 7 1/2 Uhr:

Volksstück. Vorstellung zu halben Preisen.

Zum 1. Male! Das neue Programm!

U. a.:

Gastspiel Martha Schild u. Ludwig Barg

in dem lust. Ein angebrochener Abend

Roif Holbein

Malatt.

2 Ewos

Equilibristen.

2 Flamingos

spanische Sänger.

Forrester-Neumeyer

Größt. Duett.

Perzinas Papageienkabarett

der Gipfel der Dreffur.

3 Kremos

Meister-Klarier.

Heinrich Kohlbrandt

der urkomische Köhner.

9 Glazeroffs

tschertessische Sänger.

Wiederum ein Weltstadt-Programm!

Stephansbollen

1586 das wirkliche Volks-Theater.

Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Reichhalt. Kräft. Mittags- u. Abendessen à 2.25 Mitt. Kaffe u. Logierhaus Ulbe, Hofe, Schwerigerstr. 22, 2800

Hofjäger

Heute Donnerstag 4 Uhr

Gr. Garten-Konzert

ausgeführt vom Philharmon. Orchester.

— Täglich —

abends 7.30 Uhr

Sensations-Gastspiel

der berühmten

Leipziger Seidel-

Sänger

Dir. A. Seidel sen.

(Aus Anlaß d. 15jähr. Wiederkehr)

das neue großartige

Kiesenprogramm

u. a.

Das S.-S.-S.-Trio

und

Die Teufels-Diele

Alte Liebe, Lebensbild.

Gastwirt Hummel aus

Himmelshain.

— Zum Schluß —

Der große Ringkampf

Alle Serren in neuen

Einzelvorträgen.

Der bunte Fell:

10 Nummern

Morgen Freitag

16. Juli, zum Tage der

15jährig. Wiederkehr

Gr. Ehrenabend

Dr. A. Seidel.

Vorverkauf bei C. Jacobs, Ulrichsbog.

Kammer-Lichtspiele

Heute Donnerstag letzter Tag

Der Vampir von Saint Louis

Aus dem Tagebuch des berühmten

Nick Carter

Ein Abenteuer-Großfilm in 10 Akten. 115

Dieser Film ist nicht mit ähnlichen, laufenden

Fabrikaten zu verwechseln, sondern ein Wert

deutscher, neuer Produktion und ist damit der

Beste angetreten, daß die deutsche Filmindustrie auch

in diesem Genre keine Konkurrenz zu fürchten braucht.

In den Hauptrollen

Bruno Eichgrün und Rita Clermont

Orte der Handlung: St. Louis, New York.

Beginn mochanags 6 Uhr, Sonntag 3 Uhr.

Ende 10.45 Uhr. Beginn der Abendvorst. 8.30 Uhr.

Panorama-Lichtspiele

Heute Donnerstag letzter Tag

Es fiel ein Reif in der

Frühlingsnacht

Drama in 4 Akten. 115

In der Hauptrolle: **Fern Andra,**

Die drei Rubine

Abenteuerfilm in 5 Akten.

5. Abenteuer des Verbrechers Charly Bill.

In den Hauptrollen:

Julius Brandt — Hans Felix — Gini Bauer.

Beginn der Vorstellung Sonntag 3 Uhr,

wochentags 6 Uhr, Ende 10.45 Uhr. Beginn

der Abendvorstellung 8.20 Uhr.

Zentraltheater

Heute und morgen

geschlossen.

Sonnabend, 17. Juli

zum erstmal:

Die kleine Hobeit

Operette in 3 Akten

Musik von

Martin Knopf.

Kasino-Theater

Gr. Sanktstr. 12, 2882

Tägl. Varietè-Vorstell.

Städtische Theater.

Victoria-Theater.

Donnerstag letztes Gastspiel

Barg-Schild

Willis Frau.

Restaurant, Gustav-Adolf-Str. 30.

Jeden Donnerstag u. Montag

Gr. Preis-Stai

7-Preise. 2708 Max Neumann.

Vogelgesang

Heute Donnerstag **KONZERT** Großer

sowie jeden Sonntag Rosenf.



Zirkus-Lichtspiele

Bis Donnerstag:

Die grosse Film-Trilogie

erster Teil

Frauen

Sensationelles Schauspiel in 5 Akten.

Die Hexe von Norderoo

Filmtragödie in 4 Akten.

Spielzeit 6—10.45. Sonntags 3—10.45.

Raucht Bonitas!